

Grundstudium Strafrecht

Eine praxisorientierte Darstellung

Bearbeitet von
Dr. Waltraud Nolden, Frank Palkovits, Susanne Dittert, Frank Pichocki

3. Auflage 2017. Buch. XXVIII, 269 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 71059 9
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm
Gewicht: 536 g

[Recht > Strafrecht > Strafrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Waltraud Nolden, Frank Palkovits, Susanne Dittert, Frank Pichocki
Grundstudium Strafrecht

The logo for Beck's Shop features the text "beck-shop.de" in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the dot of the "i" in "shop" are three small, solid red circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, uppercase, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Grundstudium Strafrecht

Eine praxisorientierte Darstellung

von

Dr. Waltraud Nolden

Rechtsprofessorin an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt

Frank Palkovits

Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter an der FHÖV NRW

Susanne Dittert

Juristin, Kriminaldirektorin und Fachhochschuldozentin an der FHÖV NRW

Frank Pichocki

Regierungsdirektor und Fachhochschuldozent an der FHÖV NRW,
Richter am Amtsgericht Dortmund a. D.

3. Auflage 2017



Zitiervorschlag: *Nolden/Palkovits/Dittert/Pichocki*
Grundstudium StrafR Rn.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 71059 9

© 2017 Verlag C.H. Beck
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz Buck,
Zweikirchener Straße 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar
© Elena Genova, iStockphoto

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Lehrbuch „Grundstudium Strafrecht – eine praxisorientierte Darstellung“ richtet sich insbesondere an Bachelorstudenten/innen¹ des Polizeivollzugsdienstes (PVD) in Deutschland. Geschrieben wurde die 1. Auflage im September 2012 insbesondere für den novellierten Studiengang an der FHöV NRW für Kommissaranwärter. Das Buch ist aber auch für Auszubildende und Studierende anderer Fachrichtungen geeignet, die sich schnell einen strukturierten und praxisorientierten Überblick über Grundlagen im Strafrecht verschaffen wollen. Die Anmerkungen in der Fußnote zum Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) ist dem Umstand geschuldet, dass die Autorin Nolden seit 2012 zunächst als Fachhochschuldozentin, seit 2016 dann als Rechtsprofessorin an der Fachhochschule Sachsen-Anhalt lehrt. Die Kriminaldirektorin Dittert und der Regierungsdirektor Pichocki sind hauptamtlich Lehrende der FHöV NRW, während der Dozent Palkovits als Rechtsanwalt im Nebenamt unterrichtet.

Das Lehrbuch erscheint nun in seiner 3. Auflage. Es berücksichtigt die Studienreform 2016 der FHöV NRW im Bachelorstudiengang PVD durch Senatsbeschluss vom 17.3.2015². Das für das Strafrecht relevante Grundstudium (GS) 4 hat nun statt bisher 84 nur noch 75 Lehrveranstaltungsstunden. Dabei wurden die Themen „Raub, Nötigung und räuberischer Diebstahl“ in das Hauptstudium (HS) 1 verlagert, der Gutachtenstil und die Methodik um eine Lehrveranstaltungsstunde erweitert und das Thema „Methodik der juristischen wissenschaftlichen Recherche“ neu hinzugefügt. Diese Auflage soll keine Inhalte streichen, da diese in einem späteren Studienabschnitt ohnehin relevant werden. Sie aktualisiert damit alle bisherigen Themen gegenüber der Voraufgabe (2. Auflage) im Jahre 2015 und ergänzt nur hinzugekommene Inhalte.

Die Aktualisierung erfasst neue Rechtsprechung und Literatur, neue Strafvorschriften und Reformbestrebungen bis Mai 2017 und die PKS 2016. So wird das Lehrbuch etwa um die neue Rechtsprechung zur unzulässigen Notwehr des Bürgers bei materiell rechtswidrigen Angriffen durch Polizeibeamte im Sinne des strafrechtlichen Rechtmäßigkeitsbegriffs und die strengen Anforderungen zum unvermeidbaren Verbotsirrtum ergänzt. Aufgenommen wird auch die neuere Rechtsprechung zum korrigierten Rücktrittshorizont beim Versuch. Bei den Tötungsdelikten wird das vorläufige Scheitern der Reform und die Neueinführung der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung nach §217 StGB³, die am 10.12.2015 in Kraft getreten ist, vorgestellt.

¹ Sollte im Weiteren allein die männliche Form gewählt worden sein, ist dies rein sprachökonomisch begründet.

² Vgl. https://www.fhoev.nrw.de/uploads/media/Modulhandbuch-Reform_2016_letzte_red._%C3%84nderung_24.11.2016.pdf (zuletzt abgefragt am: 1.5.2017).

³ §§ ohne Gesetzesangabe sind solche des StGB.

Im Bereich des besonders schweren Falls des Diebstahls und des Wohnungseinbruchdiebstahls werden die praxisrelevanten Entscheidungen des BGH zu den Tatbestandsmerkmalen „Einsteigen“ und „Wohnung“ (bei kurzzeitig genutzten Wohnmobilen) einbezogen. Beim Raub wird die aktuelle Rechtsprechung zum Erfordernis des räumlich-zeitlichen Verhältnisses neben dem Finalzusammenhang erläutert.

Die juristische Methodik findet sich nun im neu hinzugekommenen 12. Teil am Ende des Buches. Deshalb wird auch der bisherige § 5 des 1. Teils (Grundlagen), der den Gutachtenstil behandelte, nunmehr in die neuen Lehrinhalte am Ende integriert. Das Grundstudium (GS) 4.1 benennt hierzu als neues Lernziel „rechtswissenschaftliche Quellen auffinden, sachgerecht einzuordnen und die Zitationsregeln anwenden.“ Als Lehrinhalte geht es hier um die „Methodik der juristischen, wissenschaftlichen Recherche: Gesetzes-, Rechtsprechungs- und Literaturquellen“. Da das Strafrecht im Gesamtkontext zu anderen Rechtsgebieten steht, wird hier die wissenschaftliche juristische Recherche umfänglich vorgestellt.

Im Grundstudium im PVD an der FHöV NRW ist das Strafrecht das vierte von acht Modulen bestehend aus den Submodulen:

GS 4.1 Einführung in die strafrechtliche Dogmatik.

GS 4.2 Körperverletzungs- und Eigentumsdelikte.

Das Fach „Strafrecht“ ist für den Polizeivollzugsbeamten besonders wichtig. Diese Relevanz spiegelt sich im Bachelorstudiengang in der hohen Stundenzahl und in der Klausur von drei Zeitstunden am Ende des Modulabschnitts wider. Auch später werden vermehrte Prüfungsleistungen im Fach „Strafrecht“ verlangt.

Zwei Aspekte verdienen für die Praxis besondere Beachtung:

- Zunächst kann der Polizeivollzugsbeamte nur bei fundierten Kenntnissen im Strafrecht gegen potentielle Straftäter einschreiten und Straftaten aufklären. Bei der Aufnahme der Anzeigen bzw. bei der Vernehmung von Zeugen und Beschuldigten hilft das Wissen um die materiellen Strafbarkeitsvoraussetzungen, die wesentlichen Tatsachen der Straftatbestände korrekt zu erfragen und in den Anzeigen und Vernehmungsprotokollen schriftlich zu fixieren. Weiß der Beamte etwa, dass eine Körperverletzung nach § 223 unter bestimmten Voraussetzungen qualifiziert begangen werden kann, wenn der Täter beispielsweise bei der Tat ein gefährliches Werkzeug verwendet (§ 224 I Nr. 2), wird er beim Beschuldigten und Zeugen nachfragen, ob solche Gegenstände bei der Körperverletzung – wie etwa Springerstiefel – benutzt wurden. Hierdurch können die Beamten weiter ermitteln und etwa nach Stiefeln mit Metallkappen oder einem Fußabdruck suchen. Wichtig ist auch, dass die rechtlich relevanten Tatsachen unmittelbar nach der Tat protokolliert werden sollen. Hier haben die Befragten noch das beste Erinnerungsvermögen. Hinzu kommt, dass ein Beschuldigter, der zu Beginn der Ermittlungen auf die Anwesenheit des Verteidigers verzichtet, oftmals noch unbedachte Aussagen machen wird, wenn ihm vonseiten der Polizeivollzugsbeamten konkret Fragen gestellt werden. Später, nach möglicher

Beratung durch einen Rechtsanwalt bzw. Verteidiger, sind die Beschuldigten idR nicht mehr aussagebereit.

- Des Weiteren lernt der Polizeivollzugsbeamte durch Kenntnisse im Strafrecht, wann er sich selbst strafbar machen kann. Er verwirklicht zwangsläufig in objektiver und subjektiver Hinsicht täglich Straftatbestände. Er begeht etwa bei einer Wohnungsdurchsuchung einen Hausfriedensbruch nach § 123, wenn der Wohnungsinhaber ihm den Zutritt zur Wohnung verwehrt. Bei einer vorläufigen Festnahme liegt tatbestandlich eine Freiheitsberaubung nach § 239 I vor. Die präventiven und repressiven Eingriffsbefugnisse stellen neben den allgemeinen Rechtfertigungsgründen für ihn aber Erlaubnissätze dar und verhindern seine Strafbarkeit in der täglichen Berufspraxis (→ Rn. 86 ff.). Da der Polizeivollzugsbeamte aufgrund des Legalitätsprinzips nach §§ 152 II, 160, 163 StPO einer erhöhten Gefahrtragungspflicht unterliegt, kann er sich auch durch Unterlassen strafbar machen, wenn er seinem Schutzauftrag nicht nachkommt. Verhindert der Polizeivollzugsbeamte etwa nicht, dass ein Mensch erschossen wird, kommt eine Strafbarkeit wegen Totschlags durch Unterlassen in Betracht. Demgegenüber kann sich ein Bürger nur wegen unterlassener Hilfeleistung nach § 323c strafbar machen.

Unterlässt es der Polizeivollzugsbeamte, eine Anzeige entgegenzunehmen und wird hierdurch die Strafe eines anderen bewusst vereitelt, liegt Strafvereitelung im Amt durch Unterlassen nach §§ 258 I, 258a I, 13 vor.⁴

Begeht der Beamte einen Straftatbestand, so stellt das Verhalten auch die Verletzung einer Dienstpflicht dar und kann disziplinarrechtliche Rechtsfolgen auslösen.

⁴ Diese Themen werden später im Hauptstudium behandelt.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Folgende Bereiche wurden bearbeitet:

- Prof. Dr. W. Nolden: 1. Teil. Grundlagen
2. Teil. Das vorsätzliche vollendete Begehungsdelikt
4. Teil. Täterschaft und Teilnahme
6. Teil. Tötungsdelikte im Überblick
7. Teil. Sachbeschädigungsdelikte
9. Teil. Hausfriedensbruch
12. Teil. Juristische Methodik
- S. Dittert: 3. Teil. Das Versuchsdelikt
- F. Pichocki: 5. Teil. Die Körperverletzungsdelikte
- F. Palkovits: 8. Teil. Straftaten gegen das Vermögen
10. Teil. Nötigung
11. Teil. Raub und räuberischer Diebstahl

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII
1. Abschnitt. Grundlagen	1
A. Einteilung der Rechtsgebiete und sachliche Zuständigkeit der Polizei	1
B. Materielles und formelles Strafrecht	2
C. Funktion des Strafrechts	3
D. Gesetzlichkeitsprinzip	5
I. Bestimmtheitsgrundsatz	5
II. Analogieverbot	6
III. Verbot von Gewohnheitsrecht	6
IV. Rückwirkungsverbot	7
E. Aufbau einer Strafnorm	8
F. Einteilung der Delikte	8
I. Verbrechen und Vergehen	8
II. Allgemein-, Sonderdelikte und eigenhändige Delikte	9
III. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	9
IV. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte	10
V. Dauer- und Zustandsdelikte	10
VI. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	11
VII. Vorsatz-, Fahrlässigkeitsdelikte und Erfolgsqualifikationen	11
VIII. Versuch, Vollendung, Beendigung und Unternehmen	12
G. Elemente der Straftat	13
H. Grundtatbestand und seine Abwandlungen	14
2. Abschnitt. Das vorsätzliche vollendete Begehungsdelikt	19
1. Kapitel. Allgemein	19
A. Aufbau	19
B. Objektiver Tatbestand	19
I. Tatsubjekt	20
II. Tatobjekt	20
III. Tathandlung	20
IV. Taterfolg	21
V. Kausalität	21
1. Theorien	21
a) Subjektive Korrektur über den Irrtum über den Kausalverlauf	21
b) Normative Korrektur über die Lehre von der objektiven Zurechenbarkeit	22
c) Streitentscheid	22

2. Arten	23
a) Kumulative Kausalität	23
b) Alternative Kausalität	23
c) Abgebrochene Kausalität	24
C. Subjektiver Tatbestand	25
I. Vorsatz	25
1. Definition	25
2. Vorsatzarten	26
a) Eventualvorsatz (dolus eventualis)	26
b) Direkter Vorsatz (dolus directus 2. Grades)	27
c) Absicht (dolus directus 1. Grades)	27
II. Besondere Absichten	28
D. Objektive Bedingung der Strafbarkeit	28
E. Rechtswidrigkeit	29
I. Offene und nicht offene Tatbestände	29
1. Negative Rechtswidrigkeitsprüfung	29
2. Positive Rechtswidrigkeitsprüfung	29
II. Rechtfertigungsgründe für Polizeivollzugsbeamte	30
1. Polizeiliche Eingriffsbefugnisse	30
2. Anordnung des Vorgesetzten	30
3. Strafrechtliche Rechtfertigungsgründe	31
a) Rein öffentlich-rechtliche Theorie	32
b) Strafrechtliche Theorie	32
c) Stellungnahme	32
III. Grundgedanke aller Rechtfertigungsgründe und Aufbauhinweis	33
1. Prinzip des mangelnden Interesses	33
2. Prinzip des überwiegenden Interesses	33
3. Aufbauhinweis	33
IV. Tatbestandsausschließendes Einverständnis und rechtfertigende Einwilligung	34
1. Voraussetzungen des Einverständnisses	34
2. Voraussetzungen der Einwilligung	35
a) Verfügungsbefugnis	35
b) Alleiniger Rechtsgutinhaber	36
c) Einwilligungsfähigkeit	36
aa) Geschäftsfähigkeit	37
bb) Verstandesreife und Urteilsfähigkeit	37
cc) Stellungnahme	37
d) Keine wesentlichen Willensmängel	37
e) Kein Verstoß gegen die guten Sitten	38
f) Erklärung	39
g) Subjektive Einwilligungsvoraussetzung	39
3. Zusammenfassende Gegenüberstellung	39
V. Notwehr nach § 32	39
1. Notwehrlage	40
a) Angriff	40

b) Gegenwärtigkeit	41
c) Rechtswidrigkeit	42
aa) Bei Angriffen von Bürgern	42
bb) Bei Angriffen von Polizeibeamten	43
2. Notwehrhandlung	43
a) Verteidigung	44
b) Erforderlichkeit	44
c) Geboten sein	45
aa) Ausschluss der Notwehr	46
bb) Einschränkung der Notwehr	47
3. Notwehrwille	48
VI. Notstände	48
1. Defensivnotstand, §228 BGB	48
a) Notstandslage	49
b) Notstandshandlung	49
c) Notstandswille	50
2. Aggressivnotstand, §904 BGB	50
a) Notstandslage	51
b) Notstandshandlung	51
c) Notstandswille	51
3. Rechtfertigender Notstand (§34)	51
a) Notstandslage	52
b) Notstandshandlung	53
c) Notstandswille	54
VII. Vorläufiges Festnahmerecht	55
1. Festnahmelage	56
a) Tat	56
aa) Beschaffenheit der Tat	56
bb) Tatverdacht	57
b) Frisch	58
c) Betroffen oder verfolgt	58
d) Fluchtverdacht oder Identität nicht feststellbar	58
2. Festnahmehandlung	59
3. Festnahmewille	59
F. Schuld	59
I. Schuldausschließungsgründe	60
1. Strafmündigkeit	60
2. Seelische Störungen nach §§20, 21	60
a) Promillewerte	61
b) Vorsätzliche actio libera in causa (in der Ursache freie Handlung)	61
3. Verbotsirrtum nach §17	63
II. Entschuldigungsgründe	63
1. Notwehrexzess nach §33	63
a) Asthenische Affekte	63
b) Überschreitung der Grenzen der Notwehr	63
aa) Intensiver Notwehrexzess	64

bb) Extensiver Notwehrexzess	64
cc) Putativnotwehrexzess	65
2. Entschuldigender Notstand nach § 35	66
a) Notstandslage	66
b) Notstandshandlung	67
c) Notstandswille	68
3. Übergesetzlicher entschuldigender Notstand nach § 35 analog	68
a) Gewohnheitsrechtliche Anerkennung	68
b) Keine gewohnheitsrechtliche Anerkennung	69
c) Stellungnahme	69
III. Vorsatz-Schuldvorwurf	69
G. Strafantrag	69
I. Offizialdelikte	69
II. Antragsdelikte	70
1. Voraussetzungen	70
2. Arten	70
a) Uneingeschränkte Antragsdelikte	70
b) Eingeschränkte Antragsdelikte	70
2. Kapitel. Irrtümer	71
A. Tatumstands- und Verbotsirrtum	71
I. Überblick	71
1. Tatumstands- bzw. Tatbestandsirrtum nach § 16 I	71
2. Verbotsirrtum nach § 17	72
3. Zusammenfassung	73
II. Sonderfälle	74
1. Error in persona vel (in) obiecto (Irrtum über die Person bzw. das Tatobjekt)	74
2. Aberratio ictus (Fehlgehen des Schläges)	74
a) Formelle Gleichwertigkeitstheorie	75
b) Konkretisierungstheorie	75
c) Stellungnahme	75
3. Irrtum über den Kausalverlauf	75
a) Erfolg tritt später ein, als geplant	76
b) Erfolg tritt früher ein, als geplant	76
4. Subsumtionsirrtum	77
B. Irrtümer in der Rechtswidrigkeit	77
I. Erlaubnisirrtum	77
1. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	77
2. Aufbau	78
II. Erlaubnistatbestandsirrtum	79
1. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	79
a) Strenge Schuldtheorie	80
b) Eingeschränkte rechtsfolgenverweisende Schuldtheorie	80
c) Stellungnahme	80
2. Aufbau nach der eingeschränkten-rechtsfolgenverweisenden Schuldtheorie	81
III. Doppelirrtum	81

C. Irrtümer in der Schuld	82
I. Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen eines Entschuldigungsgrundes	82
II. Irrtum über die Existenz oder die rechtlichen Grenzen eines Entschuldigungsgrundes	82
3. Abschnitt. Das Versuchsdelikt	85
A. Einordnung in die Zeitphasen.	85
I. Entschluss	85
II. Vorbereitungshandlung	86
III. Versuch	86
IV. Vollendung	86
V. Beendigung	86
B. Aufbau	87
C. Prüfung des Versuchs im Einzelnen	87
I. Vorprüfung	87
II. Tatentschluss	88
1. „Agent provocateur“	89
2. Untauglicher Versuch	90
3. Wahndelikt	91
4. Abergläubischer Versuch	91
III. Unmittelbares Ansetzen	92
1. Allgemein	92
a) Formal objektive Theorie	92
b) Rein subjektive Theorie	92
c) Gemischt subjektive-objektive Theorie	92
2. Auswirkung des unmittelbaren Ansetzens in der polizeilichen Praxis	93
3. Unmittelbares Ansetzen bei notwendiger Mitwirkung des Opfers	94
4. Unmittelbares Ansetzen bei Mittäterschaft	95
a) Einzellösung	95
b) Gesamtlösung	96
5. Unmittelbares Ansetzen bei mittelbarer Täterschaft	96
a) Akzessorietätstheorie (Gesamtlösung)	96
b) Rechtsgutgefährdungstheorie	97
6. Unmittelbares Ansetzen bei der Teilnahme	97
IV. Persönlicher Strafaufhebungsgrund Rücktritt nach §24	97
1. Fehlgeschlagener Versuch	98
2. Rücktritt des Alleintäters gem. §24 I	99
a) Unbeendeter Versuch	99
b) Beendeter Versuch	100
aa) Bestleistungstheorie	101
bb) Chanceneröffnungstheorie	101
c) Abgrenzung unbeendeter Versuch – beendeter Versuch	101
d) Freiwilliges Handeln	104

e) Möglichkeit des Rücktritts bei nur vorläufiger Abstandnahme von der Tat	105
aa) Abstrakte Betrachtungsweise	106
bb) Eingeschränkt abstrakte Betrachtungsweise	106
3. Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten gem. §24 II	107
a) Rücktritt durch Verhinderung der Vollendung nach §24 II 1	108
b) Rücktritt durch Verhinderungsbemühen bei Nichtvollendung ohne Zutun des Beteiligten §24 II 2 1. Alt.	108
c) Rücktritt durch Verhinderungsbemühen bei tatbeitragsunabhängiger Vollendung §24 II 2 2. Alt.	109
d) Freiwilligkeit	109
4. Auswirkung des Rücktritts in der polizeilichen Praxis	110
4. Abschnitt. Täterschaft und Teilnahme	111
1. Kapitel. Grundlagen	111
A. Überblick	111
I. Täterschaft	111
II. Teilnahme	111
III. Einheitstäter	112
B. Prüfungsreihenfolge	112
2. Kapitel. Täterschaft	113
A. Alleintäterschaft	113
B. Mittäterschaft nach §25 II	113
I. Aufbau	114
1. Gemeinsame Prüfung	114
2. Getrennte Prüfung	114
II. Sukzessive Mittäterschaft	115
III. Mittäterexzess	115
IV. Abgrenzung: Mittäterschaft oder Beihilfe	115
1. Subjektive Theorie	116
2. Tatherrschaftslehre	117
3. Stellungnahme	117
C. Mittelbare Täterschaft nach §25 I 2. Fall	118
I. Aufbau	118
II. Vorsatz	118
1. Beachtlichkeitstheorie	119
2. Differenzierende Theorie	119
3. Mögliche Argumentation für die Beachtlichkeitstheorie	119
III. Zurechnung der Tathandlung nach §25 I 2. Fall	120
1. Eindeutige Fälle der mittelbaren Täterschaft	120
a) Mangel im objektiven Tatbestand	120
b) Mangel im Vorsatz	120
c) Mangel in der Rechtswidrigkeit	120
d) Mangel in der Schuld	121
2. Abgrenzungsfälle: mittelbare Täterschaft von der Anstiftung	121
a) Eingebildete Tatherrschaft	121

b) „Täter hinter dem Täter“	121
c) Freiverantwortlichkeit	122
aa) Exkulpationslösung	122
bb) Einwilligungslösung	123
cc) Stellungnahme	123
3. Kapitel. Teilnahme	123
A. Vorsätzliche rechtswidrige Haupttat	124
B. Teilnahmehandlungen	125
I. Anstiftung: Bestimmen	125
1. Mittel der Anstiftung	125
a) Verursachungstheorie	126
b) Theorie des geistigen Kontakts	126
c) Stellungnahme	126
2. Omnimodo facturus	126
3. Aufstiftung	126
a) Unwertsteigerungstheorie	127
b) Beihilfetheorie	127
c) Stellungnahme	127
II. Hilfeleisten	127
1. Kausalität	128
a) Erfolgsverursachungstheorie	128
b) Förderungstheorie	128
c) Stellungnahme	128
2. Neutrales, berufstypisches Verhalten	129
3. Abgrenzung zur Begünstigung	129
C. Vorsatz	130
I. Bestimmtheit des Teilnahmevorsatzes	130
II. Auswirkungen des error in persona auf den Anstifter	131
III. Vollendung	131
D. Tatbestandsverschiebung nach §28 II	132
I. Besondere persönliche Merkmale	132
II. Strafschärfende und strafmildernde Merkmale	132
III. Strafbegründende Merkmale nach §28 I	132
IV. Abgrenzungsfälle von §28 II zu §28 I	133
5. Abschnitt. Die Körperverletzungsdelikte	135
A. Überblick	135
B. Handlungsobjekt	135
C. Die einfache Körperverletzung, §223	136
I. Der objektive Tatbestand	136
1. Körperliche Misshandlung	137
2. Gesundheitsschädigung	137
II. Der subjektive Tatbestand	138
III. Rechtswidrigkeit	138
IV. Strafantrag	138
V. Konkurrenzen	139

D. Die gefährliche Körperverletzung, § 224	139
I. Der objektive Tatbestand	140
1. Beibringung von Gift oder anderer gesundheitsschädlicher Stoffe	140
2. Mittels einer Waffe oder eines anderen gefährlichen Werk- zeugs	142
3. Mittels eines hinterlistigen Überfalls	144
4. Mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich	145
5. Mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung	145
II. Der subjektive Tatbestand	145
III. Rechtswidrigkeit	146
IV. Prüfungsaufbau	146
V. Konkurrenzen	147
E. Die schwere Körperverletzung, § 226	147
I. Der objektive Tatbestand	148
1. Verlust des Sehvermögens auf einem Auge oder beiden Augen	148
2. Verlust des Gehörs	148
3. Verlust des Sprechvermögens	148
4. Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit	148
5. Verlust oder Unbrauchbarkeit eines wichtigen Glieds des Körpers	149
6. Dauernde Entstellung in erheblicher Weise	149
7. Verfall in Siechtum, Lähmung, geistige Krankheit, Behinde- rung	150
II. Der subjektive Tatbestand	150
III. Rechtswidrigkeit	151
IV. Prüfungsaufbau und Konkurrenzen	151
 6. Abschnitt. Tötungsdelikte im Überblick	153
A. Überblick	153
I. Totschlag, § 212	153
II. Mord, § 211	154
III. Tötung auf Verlangen, § 216	155
IV. Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung, § 217	155
B. Das Verhältnis der Tötungsdelikte zueinander	156
C. Prüfungsreihenfolge	157
 7. Abschnitt. Sachbeschädigungsdelikte	159
A. Antragsdelikt/Privatklagedelikt/Offizialdelikt	159
B. Einfache Sachbeschädigung, § 303	160
I. Aufbauschemata	161
II. Tatbestandsmerkmale	162
1. Tatobjekt	162
a) Sache	162
b) Fremd	162

2. Tathandlungen	163
a) § 303 I	163
b) § 303 II	164
C. Gemeenschädliche Sachbeschädigung, § 304	164
I. Aufbauschemata	165
II. Tatbestandsmerkmale	166
8. Abschnitt. Straftaten gegen das Vermögen	169
A. Überblick	169
I. Statistik	169
II. Struktur der Diebstahlsdelikte	169
B. Der einfache Diebstahl, § 242	170
I. Objektiver Tatbestand	170
1. Tatobjekt	170
a) Sache	171
b) Fremd	171
c) Beweglich	172
2. Wegnahme	172
a) Gewahrsamsbegriff	172
b) Wegnahmehandlung	175
aa) Bruch fremden Gewahrsams	175
bb) Begründung neuen, nicht notwendig tätereigenen Gewahrsams	176
cc) Vollendung und Beendigung des Diebstahls	177
II. Subjektiver Tatbestand	178
1. Enteignungsvorsatz (EV)	179
2. Die zumindest vorübergehende Aneignungsabsicht (AA):	180
3. Die Drittzueignungsabsicht	180
4. Die Rechtswidrigkeit der Zueignung	181
III. Antragserfordernisse bei §§ 247, 248a	183
IV. Versuch	183
C. Besonders schwerer Fall des Diebstahls, § 243	184
I. Überblick	184
II. Aufbau	184
III. Die einzelnen Regelbeispiele	185
1. Einbruch- und Nachschlüsseldiebstahl, § 243 I 2 Nr. 1	185
a) Einbrechen	185
b) Einsteigen	185
c) Eindringen mit einem falschen Schlüssel	187
aa) Falscher Schlüssel	187
bb) Ein anderes nicht zur ordnungsgemäßen Öffnung bestimmtes Werkzeug	187
d) Sich verborgen halten	187
2. Besonders gesicherte Sachen, § 243 I 2 Nr. 2	188
3. Gewerbsmäßiger Diebstahl, § 243 I 2 Nr. 3	191
4. Regelbeispiele des § 243 I 2 Nr. 4–7	191

a) § 243 I 2 Nr. 4	191
b) § 243 I 2 Nr. 5	192
c) § 243 I 2 Nr. 6	192
d) § 243 I 2 Nr. 7	192
IV. Subjektive Voraussetzungen	192
V. Die Geringwertigkeitsklausel (§ 243 II)	192
VI. Irrtumskonstellationen bei § 243 II (Geringwertigkeitsklausel) ..	193
1. Der Täter hält eine Sache für geringwertig, die in Wirklichkeit hochwertig ist	193
2. Der Täter hält eine Sache für hochwertig, die tatsächlich nur geringwertig ist	193
3. Lösung	193
VII. Der Versuch	194
D. Diebstahl mit Waffen, Banden- und Wohnungseinbruchdiebstahl,	
§ 244	196
I. Überblick	196
II. Diebstahl mit Waffen und anderen gefährlichen Werkzeugen, § 244 I Nr. 1a	197
1. Objektiver Tatbestand	197
2. Subjektiver Tatbestand	199
III. Diebstahl mit sonstigen Werkzeugen oder Mitteln, § 244 I Nr. 1b	199
1. Objektiver Tatbestand	199
2. Subjektiver Tatbestand	200
IV. Bandendiebstahl, § 244 I Nr. 2	200
1. Objektiver Tatbestand	200
2. Subjektiver Tatbestand	200
3. Täterschaft und Teilnahme	200
V. Wohnungseinbruchdiebstahl, § 244 I Nr. 3	201
1. Objektiver Tatbestand	201
2. Subjektiver Tatbestand	204
VI. Minder schwerer Fall, § 244 III	205
VII. Versuch	206
E. Unterschlagung, § 246	206
I. Überblick	206
II. Die (einfache) Unterschlagung, § 246 I	207
1. Einordnung	207
2. Objektiver Tatbestand	208
a) Tatobjekt	208
b) Tathandlung	208
aa) Zueignungswille	208
bb) Manifestation des Zueignungswillens	208
cc) Rechtswidrigkeit der Zueignung	209
3. Vorsatz	210
4. Rechtswidrigkeit	210
5. Schuld	210
III. Qualifikation der veruntreuenden Unterschlagung, § 246 II	210
IV. Versuch	211

9. Abschnitt. Hausfriedensbruch, § 123	213
A. Antragsdelikt/Privatklagedelikt	213
B. Tatvarianten	213
I. Prüfungsschemata	214
II. Tatbestandsmerkmale	214
1. Geschützte Räumlichkeiten	215
2. Eindringen, § 123 I 1. Fall	216
a) Betreten	216
b) Berechtigter	217
c) Wille	217
3. Verweilen ohne Befugnis, § 123 I 2. Fall	218
10. Abschnitt. Nötigung, § 240	219
A. Überblick	219
B. Prüfung im Einzelnen	219
I. Objektiver Tatbestand	219
1. Gewalt	220
2. Drohung	221
II. Subjektiver Tatbestand	222
III. Rechtswidrigkeit der Nötigung, § 240 II	222
IV. Strafzumessung	225
V. Versuch	225
11. Abschnitt. Raub und räuberischer Diebstahl	227
A. Überblick	227
B. Raub, § 249	227
I. Prüfung im Einzelnen	228
1. Objektiver Tatbestand	228
a) Tatobjekt	228
b) Tathandlung: Wegnahme	228
c) Tathandlung: qualifiziertes Nötigungsmittel	228
d) Finalzusammenhang	229
e) Räumlich und zeitliches Verhältnis	230
2. Subjektiver Tatbestand	230
II. Versuch	231
C. Schwerer Raub, § 250	231
I. Prüfung im Einzelnen	232
1. Objektiver Tatbestand	232
a) §§ 250 I Nr. 1a und b	232
b) § 250 I Nr. 1c	233
c) § 250 I Nr. 2	233
d) § 250 II Nr. 1	233
e) § 250 II Nr. 2	233
f) § 250 II Nr. 3a	233
g) § 250 II Nr. 3b	234
2. Subjektiver Tatbestand	234

II. Versuch	234
D. Räuberischer Diebstahl, §252	234
I. Prüfung im Einzelnen	235
1. Objektiver Tatbestand	235
2. Subjektiver Tatbestand	236
II. Versuch	237
III. Täterschaft und Teilnahme	237
12. Abschnitt. Juristische Methodik	239
A. Gutachtenstil	239
I. Obersatz	240
II. Voraussetzungen	240
III. Definitionen	240
IV. Subsumtion	241
V. Ergebnis	241
B. Wissenschaftliche Recherche	242
I. Überblick	243
II. Rechtsquellen	243
1. Publikationsorgane	244
2. Gesetzestexte	245
a) Printmedium	245
b) Intranet	246
c) Internet	247
III. Rechtsprechung	247
1. Printmedien	247
2. Intranet	248
3. Internet	249
IV. Literatur	250
1. Printmedien	250
a) Kataloge	250
b) Buchhandel und Verlage	250
2. Intranet	251
3. Internet	252
V. Parlamentarische Dokumente	253
C. Juristische Zitation	254
I. Juristische Verzeichnisse	254
1. Literaturverzeichnis	255
2. Rechtsprechungsverzeichnis	258
3. (Rechts-)Quellenverzeichnis	260
II. Zitation im Haupttext	261
1. Literatur	261
2. Rechtsprechung	262
3. (Rechts-)Quellen	262
4. Parlamentarische Dokumente (stets ohne Verzeichnis)	262
Stichwortverzeichnis	265